

Junge Liberale Baden-Württemberg

Landeskongress der Jungen Liberalen, Oktober 2002

JA

ANTRAG NR.:

NEIN

ENTH.....

VERWIESEN AN :

Antragssteller: KV Tuttlingen

Der Landeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

Für eine liberale Medienpolitik

Präambel

Medienpolitik ist zu einer der wichtigsten Themen herangewachsen, die es im 21. Jahrhundert zu bewältigen gibt. Doch leider haben die meisten Politiker dies noch nicht erkannt, und so ist sie weiterhin das Stiefmütterchen der Politik. Dies zu ändern, müssen die Jungen Liberalen als ihre Aufgabe erkennen um für eine liberale Medienpolitik einzutreten.

Fünf Jahre nach der Öffnung des Telekommunikationsmarktes in Deutschland stehen wir an einem Scheidepunkt. Die mehr oder weniger gelungene „Liberalisierung“ droht wieder durch eine erneute Monopolisierung rückgängig gemacht zu werden. Dies zu verhindern muss das Ziel liberaler Medienpolitik sein.

Im Sektor Fernsehen und Rundfunk gibt es zwar seit nunmehr 12 Jahren einen „freien Markt“, doch spielen politische Einflussnahme und Angst vor ausländischen Investoren eine zu große Rolle. Auch der Bildungsauftrag der öffentlich-rechtlichen Anstalten wird immer weniger wahrgenommen und eine unwirtschaftliche Ausgabenpolitik von ARD und ZDF treiben die Gebühren in die Höhe.

1. Information und Telekommunikation

Betrachtet man den deutschen Telekommunikationsmarkt, so fällt auf, dass es in den letzten 5 Jahren nicht gelungen ist, das (ehemalige) Staatsunternehmen Deutsche Telekom AG von seiner Monopolstellung zu verdrängen. Zwar sind die Preise durch die Öffnung des Marktes rapide gefallen (Auslandsgespräche bis zu 90%), jedoch zeigt der Marktanteil der Deutschen Telekom AG bei den Verbindungsminuten im Ortsnetz einen Anteil von 98,4% (Stand 9/2001), im ganzen Bereich immerhin von 86,6% - alarmierend, wenn wir von einem freien Markt sprechen.

1 Unser Ziel muss es sein, dass mehr Wettbewerb zugelassen und gefördert wird. Dazu ist
2 es dringend notwendig, dass der Staat sich langfristig gesehen von seinen restlichen
3 Telekom Aktien trennt und so die Marktzutrittschancen der Wettbewerber verbessert.

4
5 Um die genannten Ziele zu verfolgen fordern die Jungen Liberalen folgende
6 Neuregelungen im Telekommunikationssektor:

8 **1.1 RegTP**

9 Die Regulierungsbehörde für Telekommunikations- und Postwesen (RegTP) ist derzeit
10 eine Untergliederung des Wirtschaftsministeriums und somit nicht unabhängig von
11 parteipolitischen Einflüssen. Für die Jungen Liberalen ist dies ein unhaltbarer Zustand,
12 besonders auf dem Hintergrund, dass der Staat noch immer Mehrheitsaktionär der
13 Deutschen Telekom AG ist, und so ein Interessenskonflikt bei Entscheidungen der RegTP
14 eine logische Folge darstellt.

15 Gerade bei dieser staatlichen Behörde, die die Öffnung des Telekommunikationsmarktes
16 vorantreiben soll, ist eine unabhängige, Marktorientierte Entscheidungsfindung aber
17 zwingend erforderlich. Sie muss des Weiteren eine drohende Entliberalisierung durch alle
18 ihre Entscheidungen verhindern.

19 Ziel unserer Medienpolitik ist es, dass eine Institution wie die RegTP langfristig
20 überflüssig sein wird, und dass es einen komplett freien, sich selbst regulierenden Markt
21 geben wird. Für die Übergangszeit ist die RegTP aber wichtig und sichert den Aufbau
22 eines solchen Marktes.

24 **1.2 Internet**

25 Heute wird das Internet noch immer als eine Telekommunikationsdienstleistung
26 angesehen, doch diese Annahme ist grundlegend falsch. Genau wie Zeitung und
27 Fernsehen ist das Internet seit Mitte der neunziger Jahre zu einem Medium avanciert.
28 Informationen sind rund um die Uhr von überall auf der Welt abrufbar, doch wird der
29 Gebrauch dieses Mediums durch die noch immer vorherrschende Abrechnung im
30 Minutentakt erheblich eingeschränkt (siehe Studie der Universität Münster vom
31 13.2.2001). Deshalb fordern die Jungen Liberalen die Einführung einer bundesweiten
32 Flatrate – also einem monatlichen Pauschalpreis – für die Nutzung des Internets. Diese
33 Flatrate muss für alle Zugangsarten (derzeit: Analog, ISDN und DSL) gelten und das
34 Niveau von Preis und Leistung vergleichbar mit dem von anderen EU Staaten sein.

35
36 Des Weiteren fordern die Jungen Liberalen einen zügigen Ausbau der Breitbandnetze.
37 Diese gewährleisten einen schnellen Zugang zu den gewünschten Informationen und
38 ermöglichen den schnellen Datenaustausch – für deutsche Unternehmen extrem wichtig,
39 wenn sie im internationalen Vergleich mithalten wollen.

1 Doch auch auf diesem Gebiet gibt es derzeit eine klare Monopolstellung der Deutschen
2 Telekom AG, die so nicht geduldet werden kann. Im DSL Markt hat sie einen Marktanteil
3 von mehr als 90%, höchste Zeit, dass auch hier ein Wettbewerb gefördert wird.

4 5 **1.3 Mobilfunk**

6 Beim Mobilfunk gibt es derzeit einen schier undurchschaubaren Tarifdschungel, in dem
7 meist Kosten und Leistungen in keinem Verhältnis stehen.

8 Deshalb muss es Anreize für eine klare und transparente Tarifgestaltung geben ohne den
9 Wettbewerb zu gefährden.

10 In den vergangenen Jahren wurde UMTS als Allheilmittel und als die Technologie der
11 Zukunft gepriesen. Nachdem für die Lizenzvergabe von den Unternehmen über 50 Mrd €
12 für die Lizenzen geboten wurden, tritt jetzt die Ernüchterung ein. Der Aufbau der
13 Infrastruktur und die notwendige Entwicklung von Endgeräten drohen den finanziellen
14 Rahmen der Unternehmen zu sprengen (siehe MobilCOM). Jedoch kann es nicht sein,
15 dass genau diese Unternehmen nun vom Staat Unterstützung beim Aufbau der Netze
16 fordern.

17 Gerade weil UMTS erst viel später als erwartet (2006 statt 2002) flächendeckend
18 verfügbar sein und weil es wohl für den Endkunden sehr teuer sein wird, ist es auch jetzt
19 schon wichtig, dass auch ein Wettbewerb unter den Techniken eingeläutet wird.

20 Alternative Technologien können meist schon heute die Anforderungen der Kunden
21 erfüllen und sind so bestens geeignet um die schnelle Datenübertragung zu
22 gewährleisten.

23
24 Bei D2 war es für SMS-Fremdanbieter bisher möglich, eigene Kurzmitteilungscentral-
25 nummern einzurichten. Kunden, die diese Nummern für den SMS-Versand verwendet
26 hatten, bekamen dies vom Netzbetreiber nicht in Rechnung gestellt. Es fielen lediglich die
27 Kosten an, die der SMS-Fremdanbieter verlangte.

28 Seit Januar 2002 zahlt der Kunde doppelt, weil auch D2 Vodafone - wie schon seine
29 Mitbewerber - jede Kurzmitteilung, auch über fremde Zentralnummern, berechnet, und
30 zwar als netzinterne SMS. Dies hatte zur Konsequenz, dass es nur noch sehr wenige
31 Anbieter gibt, die einen kostenlosen Versand von SMS aus dem Internet anbieten. Die
32 Abschaffung des so genannten „Reverse charging“ hatte auch zur Folge, dass reine SMS
33 Anbieter in den Mobilfunknetzen ihre Preise erheblich anhoben.

34 Da es mittlerweile kein Verhältnis zwischen erbrachter Leistung seitens der Anbieter und
35 bezahlten Preisen seitens der Kunden mehr gibt, ist zu befürchten, dass die
36 Unternehmen so die hohen Verluste aus anderen Sparten wieder wett machen wollen.

37 Für die Jungen Liberalen ist diese Quersubventionierung nicht haltbar und muss
38 verhindert werden, was durch das Kartellamt gewährleistet werden soll.

1 **1.4 Ortsnetz**

2 Noch immer werden über 98% der Ortsnetzgespräche über die Deutsche Telekom AG
3 abgewickelt. Ein Wettbewerb findet hier nicht statt, da es derzeit für andere
4 Unternehmen keine Gewinnspannen gibt. Grund ist hier vor allem, dass die so genannte
5 „Letzte Meile“ noch immer alleine von der Deutschen Telekom AG verwaltet wird.
6 Nach unserer Auffassung wurde das Telefonnetz aber, damals noch durch die Post, mit
7 Steuermitteln auf- und ausgebaut. Dies gilt auch für die letzte Meile. Deshalb kann es
8 nicht sein, dass ein privatisiertes Unternehmen alleinigen Anspruch auf diese Leitungen
9 anmeldet. Die Jungen Liberalen fordern deshalb einen freien Wettbewerb auch für
10 Ortsgespräche durch die Freigabe der Letzen Meile.

12 **1.5 Mehrwertdienste**

13 Mit der Einführung der 01900 Nummern ist es den Anbietern nun möglich, beliebige
14 Preise pro Minute oder Anruf zu verlangen. Eine Ansagepflicht für die Tarife im Vorfeld
15 des Gespräches gibt es nicht. Selbst wenn keine Leitung frei ist, der Anruf aber von
16 einem Computer entgegengenommen wird, wird kassiert. Häufig werden durch unlautere
17 Methoden Leute dazu aufgefordert eine solche Nummer anzurufen („Um Ihren Gewinn zu
18 sichern, rufen Sie bitte folgende Nummern an:“) und das ohne ausdrücklich auf den
19 Minutenpreis hinzuweisen.

20 Durch die Neuen Medien wird dieses Problem noch verschärft. So genannte „Dialer“
21 können eine bestehende Internetverbindung trennen und einen Zugang über eine teure
22 01900 Nummer herstellen, ohne dass der Anwender etwas davon bemerkt. Selbst ein
23 Einzelverbindungs nachweis schützt auf den meisten Telefonrechnungen noch die illegalen
24 Abzocker, und zwar hilft ihnen dabei der Datenschutz. Die 01900 Nummern werden nicht
25 vollständig, sondern teilweise durch xxxx angezeigt. Etwa 01900 123xxxxx, so dass eine
26 eindeutige Beweisführung nicht möglich ist. In Zukunft sollen diese Nummern immer
27 vollständig angezeigt werden.

28 Derzeit gibt es keine geeigneten Sanktionsmöglichkeiten gegen solche Anbieter, oder
29 einen wirksamen Kundenschutz. Junge Liberale Politik muss auch Verbraucherpolitik sein,
30 damit dieser vor solchen Abzockern geschützt werden kann. Aufgabe der RegTP muss es
31 sein, Anbieter, die eine 01900 Nummer beantragen und derzeit schon anbieten,
32 genauestens zu prüfen und für die notwendige Transparenz der Preise zu sorgen. Eine
33 Preisansage vor den Gesprächen ist dringend notwendig, und bei Computerprogrammen
34 eine klare Darstellung der Minutenpreise. Stimmt der Benutzer den kostenlos
35 angesagten, bzw. am Bildschirm angezeigten Tarifen durch Tastendruck bzw. Klick auf
36 eine eindeutig beschriftete Schaltfläche zu, so findet dann die Abrechnung statt.
37 Eine funktionierende Selbstkontrolle der Anbieter zur langfristigen Sicherung dieser
38 Transparenz wäre hier sehr wünschenswert.

1 **2. Fernsehen und Rundfunk**

2 Die derzeitige Fernseh- und Rundfunklandschaft wird durch das so genannte Duale
3 System von öffentlich-rechtlichen Anstalten und Privaten Sendern bestimmt. Leider
4 herrscht jedoch darin kein Gleichgewicht. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten werden
5 durch zu hohe Rundfunkgebühren geradezu zu einer unwirtschaftlichen Ausgabenpolitik
6 gezwungen und nehmen ihre eigentlichen Kernaufgaben wie die Grundversorgung und
7 den Bildungsauftrag nur noch an Rande wahr.

8 In Italien erleben wir derzeit eine unheilvolle Verknüpfung zwischen politischer und
9 medialer Macht, die eine unabhängige Berichterstattung nahezu unmöglich macht. Ziel
10 der liberalen Medienpolitik muss es sein, eine solche Verbindung zu verhindern und
11 Medien und Politik zu trennen.

12 Ebenso darf es aber nicht passieren, dass durch politische Befürchtungen Investoren für
13 Private Sender ferngehalten werden. Nur weil einige Politiker Angst vor Murdoch & Co
14 haben, darf dies kein Hindernis sein, dass dieser bei einem deutschen Sender einsteigt.
15 Nur so ist ein freier und politisch unabhängiger Markt gewährleistet.

16 17 **2.1 Privater Rundfunk**

18 Im Radio-Rundfunk gibt es in Deutschland nur sehr wenig Wettbewerb. In Baden-
19 Württemberg zum Beispiel dominiert der SWR das Bild und lässt privaten Sendern nur
20 geringe Marktanteile. Ziel des staatlichen Rundfunks soll es aber sein, die
21 Grundversorgung zu sichern und nicht die Alleinversorgung eines Landes zu
22 bewerkstelligen. Deshalb fordern die Jungen Liberalen die Stärkung des Privaten
23 Rundfunks mit einer Vielfalt an Lokal- und Regionalsendern.

24 25 **2.2 GEZ (Gebühren Einzugs Zentrale)**

26 Das momentane System der GEZ ist nicht länger tragbar. Fast 1000 Mitarbeiter sind
27 derzeit dort jeden Tag damit beschäftigt, bei möglichst vielen Bürgern die Gebühren für
28 den öffentlichen Rundfunk einzutreiben. Dazu werden jährlich über 110 Mio €
29 aufgewendet, was dazu führt, dass mit der eingezogenen Gebühr nicht nur der Rundfunk,
30 sondern auch die Kosten für diese unsägliche Bürokratie abgedeckt werden.

31 Die Jungen Liberalen fordern die Abschaffung der GEZ. Sie soll durch ein einfacheres
32 System ersetzt werden: Eine Pro Kopf Abgabe von etwa 8-10 € pro Monat wird
33 zusammen mit der Einkommenssteuer vom Finanzamt eingezogen, wobei weiterhin sozial
34 bedingte Befreiungen von etwa 5 Millionen Nutzern gewährleistet sein sollen. Sobald es
35 technisch möglich sein wird, darf der Staat nur noch von denjenigen diese Gebühr
36 erheben, die auch tatsächlich das Angebot der öffentlich-rechtlichen Sender nutzen.
37 Durch die niedrigeren Gebühren wird der Wettbewerb gefördert, denn es wird endlich
38 möglich sein, dass alle Fernsehanstalten im dualen System über etwa vergleichbare
39 finanzielle Mittel verfügen.

1 **2.3 Öffentlich rechtliche Fernsehanstalten**

2 Die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens wird derzeit durch die KEF
3 (Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten) gewährleistet. Die
4 KEF finanziert mit ihren von der GEZ eingetriebenen Gebühren aber auch noch andere
5 Stellen, wie zum Beispiel die Landesmedienanstalten. Die Jungen Liberalen fordern, dass
6 sich die KEF auf ihre Kernkompetenz, nämlich auf die Ermittlung des Finanzbedarfs
7 konzentriert. Die Prüfung muss unter wirtschaftlichen Aspekten getroffen werden. Es
8 kann nicht sein, dass für ein Spiel der Fußball WM Gebührenbeiträge der Bürger in Höhe
9 von 5,9 Mio € verschwendet werden, wenn im Ausland die Übertragungsrechte gerade
10 mal die Hälfte kosten.

11 Die Aufsichtsgremien werden derzeit nach gesellschaftspolitischen Aspekten
12 zusammengesetzt. So sind Parteien, Regierungen, Fraktionen und andere gesellschaftlich
13 relevanten Gruppen darin vertreten. Die Kunden allerdings nicht. So kommt es häufig
14 vor, dass die Aufsichtsgremien zu Politischen Grabenkämpfen genutzt werden, die völlig
15 am Sinn dieser Gremien vorbei gehen.

16 Deshalb fordern die Jungen Liberalen eine Reform dieser Gremien. In Zukunft sollen
17 drittelparitätisch Parteien, Verbraucher und Gesellschaftliche Gruppen darin sitzen, die
18 eine politische Unabhängigkeit des Rundfunks ermöglichen.

19
20 Die Rundfunkanstalten müssen sich in Zukunft wieder ihrer Aufgabe der
21 Grundversorgung, der Bildung und Information der Bürger, widmen. Die
22 Ausstrahlungszeiten sollen auch nachmittags liegen und vermehrt Junge Leute
23 ansprechen. Die Unterhaltungssparte muss aus Kostengründen zurückgefahren werden
24 und die Sender müssen in Zukunft wirtschaftlicher arbeiten, nur so bleibt unser
25 Rundfunkwesen weiterhin finanzierbar und nur so kann ein freier, gleichberechtigter
26 Markt für alle auf Dauer funktionieren.

27 28 **2.4 Jugendschutz**

29 Der Jugendschutz in den Medien wird derzeit durch den Sendezeitpunkt und einer
30 freiwilligen Selbstkontrolle gewährleistet. Technische Sperren und weitere Maßnahmen
31 sind derzeit nicht möglich und nach Ansicht der Jungen Liberalen auch nicht notwendig.
32 Das Problem des Jugendschutzes darf nicht restriktiv angegangen werden, sondern muss
33 durch Erziehung zur Verantwortung von Eltern und Schule geleistet werden.

34 35 **BEGRÜNDUNG**

36 Erfolgt mündlich